

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 73 (1995)
Heft: 3

Artikel: Welche Neutralität? : Die aussenpolitischen Debatten der unmittelbaren Nachkriegszeit
Autor: Ludi, Regula
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341174>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Welche Neutralität?

Die aussenpolitischen Debatten der unmittelbaren Nachkriegszeit

Im April 1945 fanden in San Francisco die Vorgespräche zur Gründung der UNO statt. Am 26. Juni unterzeichneten 51 Staaten die UNO Charta. Zusammen mit den übrigen Neutralen hatte die Schweiz

Regula Ludi

keine Einladung nach San Francisco erhalten – die Siegermächte machten die Mitgliedschaft in der neuen Weltsicherheitsorganisation vom Verzicht auf den Neutralitätsstatus abhängig. Diesmal würde es der Schweiz nicht mehr gelingen – wie beim Beitritt zum Völkerbund –, Vorbehalte geltend zu machen¹.

Die aussenpolitischen Debatten der ersten Nachkriegsmonate drehten sich folglich vor allem um die Neutralitätsfrage. Doch nicht eine kritische Revision der Aussenpolitik der vergangenen Jahre stand an – offensichtlich fehlte das öffentliche Bewusstsein dafür, dass man vielleicht zuviele Konzessionen an Deutschland gemacht hatte und dass es nicht allein dem Wehrwillen und der höheren Vorsehung zu verdanken war, dass die Schweiz vom Krieg verschont geblieben war. Stattdessen machte sich vielerorts eine trotzig Selbstgefälligkeit und eine kritiklose Fortsetzung der Landigeist-Mentalität bemerkbar. Man glaubte nun, mit allen Kräften die Einmischungsversuche der Siegermächte abwehren zu müssen. Selbst in der

¹ Vgl. Reinhart Ehni, *Die Schweiz und die Vereinten Nationen von 1944–1947*, Tübingen 1967.

Roten Revue gab es Stimmen, die zur Glorifizierung der bewaffneten Neutralität anhoben und die Forderungen der Alliierten, dass die kriegsverschonte Schweiz eine Mitverantwortung am weiteren Schicksal Europas übernehmen sollte, als anmassend zurückwiesen. So sah es zumindest Nationalrat Arthur Schmid im Februar 1945: «Selbstverständlich haben in Kriegszeiten die Kriegführenden, die einen Kampf auf Leben und Tod führen (...), für die Neutralität eines kleinen Landes kein grosses Verständnis. Sie betrachten einen neutralen Staat als abseits der Entwicklung stehend. Viele sehen in ihm oft ein Hindernis für gewisse Pläne, die sie hegen. Sie glauben, dass ein neutraler Staat Geschäfte machen kann und von der Kriegssituation wesentlich profitiert. Sie glauben, dass sich ein neutrales Volk einer Aufgabe entziehe, die andere Völker lösen müssen. (...) Aber das heisst noch lange nicht, dass wir uns der Neutralität schämen müssten und dass wir sie nicht in Wort und Schrift verteidigen sollten»². Aus diesen Überlegungen folgerte der Autor: «Die Schweiz hat ihre Neutralität allen Staaten gegenüber aufrecht erhalten. Sie hat das in ihrem ureigenen Interesse getan. (...) Sie macht Anspruch darauf, als selbständiger Staat behandelt zu werden. Sie nimmt selbstverständlich keine Weisungen des Auslandes entgegen, und sie ist bereit,

² Rote Revue 6, Februar 1945, S.212. Arthur Schmid (1889–1958), Dr.oec.publ., seit 1919 SP-Nationalrat von AG, Sekretär der kantonalen SP von AG und regelmässiger Mitarbeiter der Roten Revue. Politisch auf dem rechten Flügel der SPS.

auch in der Zukunft ihre Freiheit und Unabhängigkeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu verteidigen und zu wahren.»³ Und er schloss seinen Beitrag mit den folgenden Zeilen: «Wir müssen (...) unsere Neutralität verteidigen und hochhalten, im Bewusstsein, dass sie unserem Volk seine Eigenart, seine Existenz und seine Entwicklungsmöglichkeiten garantiert und damit das Schweizervolk in die Lage versetzt, den grössten ihm möglichen Beitrag für die Weiterentwicklung der Menschheit zu leisten.» Arthur Schmid lag mit diesen Worten nicht weit von der Linie, die der Bundesrat in den kommenden Monaten verfolgen sollte.

Die Meinungen spalteten sich im Sommer 1945 an der Frage, welche Haltung die Schweiz gegenüber der UNO einnehmen sollte. Für die Bürgerlichen war damals klar, dass ein Beitritt zu einer Weltsicherheitsorganisation, die eine Preisgabe der dauernden und integralen Neutralität forderte, mit den aussenpolitischen Grundprinzipien der Schweiz nicht vereinbar war. Zudem hegten sie grösstes Misstrauen gegenüber der UNO, die sie in erster Linie als eine Vereinigung der Grossmächte wahrnahmen. Innerhalb der SPS gab es keine klare Linie. Entgegen Arthur Schmid, der ebenfalls an der integralen Neutralität festhalten wollte, verfochten Parteilinke eine Position der Öffnung und des Abweichens vom starren Neutralitätsbegriff. Auf dieser Linie lag auch Fritz Studer, der in der Juli-Nummer der Roten Revue eine Replik auf den Artikel von Schmid veröffentlichte. Er demaskierte den Mythos, dass die Schweiz dank der bewaffneten Neutralität vom Krieg bewahrt worden sei: «So ist es: der Sieg der Alliierten über Deutschland hat uns gerettet, und bei einem Versagen der Alliierten hätte uns nichts vor der Unterjochung durch Deutschland bewahren können.(...)»

³ Rote Revue 6, Februar 1945, S.214. (Hervorhebungen im Original)

Falsch ist die Behauptung, die Neutralität habe uns gerettet (...), weil wir ja gar nicht neutral gewesen sind, die Neutralität zum Teil aus Not aufgeben mussten. Auch diese Wahrheit soll einmal klipp und klar gesagt werden, so unangenehm sie auch da und dort klingen mag.»⁴ Er zählte sodann eine Liste von Konzessionen auf, die die Schweiz an Deutschland gemacht hatte – wie die Pressezensur oder die Verdunkelung. Mit dieser Argumentation wollte Studer freilich nicht nur aufzeigen, dass die Neutralität in wirtschaftlichen, teils sogar in politischen Fragen ein dehnbare Begriff war, sondern es ging ihm auch um eine flexiblere Definition des aussenpolitischen Prinzips. Er propagierte den okkasionellen Neutralitätsbegriff, der die Parteinahme in Kriegszeiten verbietet, eine internationale Zusammenarbeit in Friedenszeiten jedoch durchaus erlaubt. Zudem war er der Überzeugung, dass bei der wachsenden internationalen Verflechtung die Bewahrung der integralen und permanenten Neutralität unzeitgemäss war: «So wie sich heute die Weltpolitik und die Weltlage gestaltet haben, das ungeheuer nahe Aneinanderrücken der Staaten (...), ihre Abhängigkeit voneinander, haben den Neutralitätsgedanken immer mehr eingeschränkt, seine Aufrechterhaltung je länger je mehr verunmöglicht.»⁵ Und er plädierte schliesslich für eine Aussenpolitik, die dem alten sozialistischen Grundsatz der internationalen Solidarität verpflichtet ist: «Friede, internationaler Zusammenschluss, Brüderlichkeit – das sind zutiefst die Ideen und Forderungen des Sozialismus – nicht aber nationaler Dünkel, Engherzigkeit, Isolation, welche alle dem kalten Egoismus und geschäftlichen Profitsinn entspringen.»⁶

⁴ Rote Revue 11/12, Juli/August 1945. «Die zukünftige Weltfriedensorganisation und die Neutralität der Schweiz», S. 395. Fritz Studer (1873–1945), Dr.iur., Anwalt, 1902–05, 1908–20 Zürcher Nationalrat, Mitverfasser des SP-Parteiprogramms von 1904, Präsident der SPS 1912–16, später Mitglied des eidg. Versicherungsgerichts, ab 1932 Bundesrichter.

⁵ Rote Revue 11/12, Juli/August 1945, S. 399

⁶ Rote Revue 11/12, Juli/August 1945, S. 403

Der SP-Parteitag vom 30.6.–1.7.1945 konnte sich nicht dazu durchringen, den Argumenten für die Öffnung und für die internationale Zusammenarbeit Folge zu leisten. In der Neutralitätsfrage blieb man unentschlossen und legte sich nicht auf eine klare Position fest. Aus verschiedenen Gründen: Einmal ging es um die Abgrenzung von der PdA, die seit ihrer Gründung 1944 diverse Wahlerfolge hatte verbuchen können und der SPS zur Konkurrenz im Kampf um die Wählerstimmen erwuchs. Die PdA hatte die Abkehr von der Neutralität und den Beitritt zur UNO zu ihrem aussenpolitischen Programm gemacht. Unterstützung fand sie in dieser Frage lediglich bei pazifistischen Kreisen und bei religiösen SozialistInnen. Die SPS hingegen lavierte, da sie, inzwischen Regierungspartei, in der Aussenpolitik mitreden und sich folglich den bürgerlichen Prinzipien nicht diametral entgegenstellen wollte. Vielmehr erhoben die Sozialdemokraten Anspruch auf eine weitere Integration in die Bundesverwaltung, auf «Säuberung» des Politischen Departementes von den deutschfreundlichen Beamten und auf die Besetzung von aussenpolitisch wichtigen Posten mit SP-Leuten. Ein «wirkungsvoller, in Haupt und Gliedern erneuerter Apparat» soll künftig die Aussenpolitik leiten, unter «Heranziehung der Vertretungen der Arbeiterschaft (...) in seinen permanenten Körperschaften (Amtsstellen), seinen zur Behandlung einschlägiger Fragen eingesetzten Kommissionen, Komitees usw.»⁷ Es gelang der SP allerdings nicht, in den kommenden Jahren eigene aussenpolitische Akzente zu

⁷ Rote Revue 11/12, Juli/August 1945, «Zur Reform des politischen Aussendienstes», (Eingabe des SCB und der SPS an den Bundesrat, Juni 1945) S. 385

setzen, vielmehr geriet sie ins Schlepptau der bürgerlichen Parteien.

Der Bundesrat verzichtete darauf, ein Beitritts-gesuch an die UNO zu stellen. Immerhin gelang es aber Bundesrat Max Petitpierre mit seinem Programm der «neutralité et solidarité», den starren Neutralitätsbegriff aufzuweichen und die aussenpolitische Isolation Schritt für Schritt zu überwinden. Mit dem Washingtoner Abkommen von 1946 normalisierten sich die Beziehungen zu den USA und zu Frankreich. Die Schweiz musste sich zu einer finanziellen Beteiligung am Wiederaufbau Europas verpflichten – als Entschädigung für das deutsche Raubgold, das die Nationalbank im Krieg reingewaschen hatte, und sie musste die blockierten deutschen Guthaben freigeben, deren Liquidierung der Bundesrat ursprünglich zur Begleichung der aus dem Krieg anstehenden Handels-schuld Deutschlands vorgesehen hatte. Die USA und Grossbritannien hoben als Gegenleistung die Schwarzen Listen auf, und die USA gab die blockierten Schweizer Guthaben frei⁸. Im Frühling 1946 hatte die Regierung auch wieder geregelte diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion aufnehmen können. Schrittweise fand schliesslich eine Annäherung an die Vereinten Nationen statt. Ab 1946 trat die Schweiz verschiedenen Unterorganisationen der UNO bei – so der WHO, der FAO, dem UNICEF und der UNESCO.

⁸ Vgl. dazu: Daniel Frei, Das Washingtoner Abkommen von 1946, in Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 19, 1969, S. 567–619.

Regula Ludi, 1965, ist Historikerin in Bern.